



StuPa

Studierendenparlament Universität Würzburg

Freie Sprachwahl verteidigen. Reaktion auf das "Genderverbot" der Bayerischen Landesregierung

Das Studierendenparlament verurteilt den Versuch der Bayerischen Staatsregierung einer Regulierung der freien Entscheidung über eigene Nutzung von nicht-gewaltverherrlichender und inklusiver Sprache. Solche Verbote stellen nach Meinung des Studierendenparlaments einen tiefen Eingriff in die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit der Fakultäten, Mitglieder und Angestellten der Universität sowie der Studierenden dar.

Die Studierendenvertretung fordert die Universitätsleitung dazu auf, umgehend zu prüfen beziehungsweise prüfen zu lassen, inwieweit diese Regelungen Auswirkungen auf die Veröffentlichungen der Universität im Allgemeinen und den Internetauftritt der Studierendenvertretung im Besonderen haben könnten.

Das Studierendenparlament steht zu seinem Beschluss zur Verwendung geschlechtersensibler Sprache und beauftragt den Studentischen Sprecher*innenrat (SSR), dies weiterhin umzusetzen.

Darüber hinaus soll der SSR diesen Eingriff in die eigene Repräsentation und Tätigkeit aufzeigen, um auch die Folgen des Verbots für die Studierendenvertretung öffentlich zu machen und damit seiner Verpflichtung der Repräsentation nachkommen.

Kayn Gaus

(Vorsitz des Studierendenparlaments)